

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

4 (6.1.1932)

# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

**Anzeigenpreise** Die 10 getragenen Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber dem bisherigen Tarif nach Tarif, der bei Nichtzahlung des Zahlungsmittels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Kontostaus außer Kraft tritt. o. Erklärungs- und Berichtigungen: 1. B. o. Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

**Andere wöchentliche Beilagen:** Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

**Bezugspreis** monatlich 1,70 Mark, jährlich 41 Dfl. Trägerlohn o. ohne Zustellung 1,80 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. gegen Einsendung von 10 Pfennig o. Postkontokonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktionen: Karlsruhe 1. B., Waldstraße 28 o. Jernau 7020/7021 o. Dellsbrunn-Jäkalen, Durlach, Hauptstr. 9. D.-Baden, Jagdhausstr. 12, Rastatt, Kolonnenstr. 2, Offenburg, Republikstr. 8

**Nummer 4** Karlsruhe, Mittwoch, den 6. Januar 1932 **52. Jahrgang**

## Unerträglicher Hakenkreuzterror

Endlich Gegenmaßnahmen der Länder - Was gedenkt der Reichsinnenminister gegen das Hakenkreuztreiben zu unternehmen?

### Nazikafernen als Banden-herberge

Unerträglicher Terror in Braunschweig

Braunschweig, 5. Jan. (Eig. Draht.) In Schöningen haben die Nazis eine weitere SA-Kaserne eingerichtet. In der Schöninger Kaserne sind vielfach aus preussischen Gebieten kommende Hakenkreuzler einquartiert, die gegen die Bevölkerung einen unerträglichen Terror ausüben. Nachdem sie schon in der Silvesternacht ahnungslos Passanten vor sich auf den Straßen geworfen hatten, machten sie in den letzten Tagen eine regelrechte Jagd auf Reichsbanner- und SA-Mitglieder. Mit Totschlägern und anderen Waffen fielen die Hakenkreuz-Banden über einzelne Arbeiter her und richteten sie über sie. In der Nazikaserne vorbereitende Frauen werden von den „Erneuerern Deutschlands“ ungestraft belästigt.

Der Arbeiterführer der Stadt Schöningen, der seit Jahren eine sozialistische Mehrheit aufweist, hat sich wegen der planmäßig vorgenommene Überfälle große Empörung bemerkt. Wie lange gedenkt der Reichsinnenminister diesem Treiben wohl noch zuzusehen?

### Die Verleumdungsleuchte

Zusammengebrochene Hege gegen sozialdemokratische Vertreter

Halle a. S., 5. Jan. (Eig. Ber.) Gegen den sozialdemokratischen Vorsteher der Arbeitergemeinschaft Unterhaltungsheim, Bruno Wätke, hatten reaktionäre Kreise eine arbeitslose Hege eingeleitet. Selbst im preussischen Landtag wurden mehrere sogenannte Kleine Anfragen eingebracht. Vor einem Jahr überreichten die Nazis einen dem Staatsanwalt eine Bitte von über 50 Anklagepunkten. Nach längerer Untersuchung stellte sich ganz wie als einigermassen haltlos heraus. Vor dem Großen Schöffengericht Halle ließ die Staatsanwaltschaft nach dreiwöchiger Verhandlung selbst drei Punkte fallen und nur wegen eines einzigen wurde Bestrafung verlangt. Das Gericht erkannte in allen Fällen auf Freisprechung.

Eine gleiche Hege wurde gegen den sozialdemokratischen Amtsvorsteher Schmidt in Braunschweig bei Halle eingeleitet. Schmidt wurde beschuldigt, Verleumdungsarbeiten in Höhe von 1800 Mark, die er als Gemeindevorsteher im Wege der Landbesitzer-Societät eingezogen hatte, unterschlagen zu haben. Auch hier erfolgte vor dem Schöffengericht Freispruch von der Anklage der Amtsentziehung. Ganz sicheren Erfolg versprachen sich die großparteilicheren Kreise mit ihrer Aktion gegen den sozialdemokratischen Direktor des Arbeitsamtes Bitterfeld, Helmman. Manatelang erzählte die lokale und natürlich auch die kommunistische Presse von diesem „sozialdemokratischen Korruptionskandal“. Und der Erfolg? Das eingehende Ermittlungsverfahren wurde jetzt von der Staatsanwaltschaft eingestellt, weil dem Genossen Helmman auch nicht eine einzige Verleumdung nachgewiesen werden konnte.

### So wird „Rotmord“-hege gemacht

Schon wieder Selbstverleugung eines SA-Mannes

Es ist bereits wiederholt vorgekommen, daß sich SA-Leute selbst verleugnen, dann das Reichsbanner eines Ueberfalls beschuldigen, während die Nazipresse von einem „neuen wichtigen Verbrechen“ der Nazis schrieb. So berichteten wir letzte Woche von einem besonderen Brachtgeplänkel der Hitlerischen Elite, einem Justizhändler und SA-Mann Friedrich Fedde, der einen Arbeiter beschuldigt hatte, ihn überfallen zu haben, während er sich selbst Messerstücke beigebracht hatte, um aus der nationalsozialistischen Kasse ein ordentliches „Schmerzensgeld“ zu erhalten, wofür dann die Nazis Gelegenheit hatten, eine wüste Hege gegen die roten Wörder zu unternehmen.

Nun liegt bereits ein neuer Fall in ähnlicher Hinsicht vor. So meldete dieser Tage ein Teil der Presse, daß der SA-Mann Johannsen aus Dornbusch (Norddeutschland) auf dem Wege von Dornbusch zu seiner Wohnung in Wolfenbrunn von mehreren politisch Andersdenkenden vom Fahrrad gerissen und durch Schläge und Messerstiche überfallen worden sei. Seine Verletzungen seien derartig, daß er ärztliche Hilfe habe in Anspruch nehmen müssen. Es sei das zweite Mal, daß Johannsen so mißhandelt worden sei. Am 30. September ds. J. sei er ebenfalls so schwer verletzt worden, daß er längere Zeit arbeitsunfähig gewesen sei.

Inzwischen hat der wichtige „Ueberfall“ auf Johannsen seine Aufklärung gefunden. Der Klientel auf ihn war, wieder S.P.D. feilscht, kein anderer als er selbst. Als er durch die polizeilichen Ermittlungen erkannt war, gestand dieser „nahe Kämpfer“ weinend und zitternd, daß er sich selbst Verletzungen mit dem Messer beigebracht und sich selbst die Augen blau geschlagen hat. Einmal um Kränkel und eine Unterführung aus der SA-Kasse zu erwandeln, zum andern aber auch aus Bedürfnis nach Mäntelchen und zu dem Zweck, ungeschuldige Reichsbanner-Leute des Ueberfalls zu beschuldigen und sie ins Gefängnis zu bringen. Aus diesen Motiven heraus verlegte er sich zunächst am 30. September und dann nochmals vor Weihnachten.

Jetzt ist der Schwinder Johannsen entlarvt. Aber in Nazifreien wird ähnlicher Unfug mit „Rotmord“ weiterhin getrieben und die verführten Nazianhänger werden auch fernerhin

hin davon sprechen, daß der „arme Johannsen“ von Reichsbannerherden schwer verletzt wurde und bei diesem Glauben werden es die Herren vom Dritten Reich und Hüter von Treu und Glauben belassen. Denn Schwindeln und Hege ist ja schließlich die Hauptaufgabe des Hakenkreuz und ohnedem würde es ja sehr schnell zusammenbrechen.

### Die Zerlegung der SA-Garden

Erklärungen Sollmanns über freiwilligen Spähdienst

Reichstagsabg. Wilhelm Sollmann veröffentlicht die folgende Erklärung: „Die nationalsozialistische Presse beschuldigt mich, minderjährige SA-Leute „zum Verbrechen“ verleitet zu haben. Ferner teilte der nationalsozialistische Reichstagsabg. Dr. Ley mit, er habe bei der Staatsanwaltschaft in Köln Anzeige gegen mich erstattet, weil ich irgendeinen jungen SA-Mann zu irgendwas „aufgemuntert“ haben soll oder „aufmuntern“ habe lassen sollen.“ Dazu erkläre ich: Nicht nur in einem Fall, sondern in mehreren Fällen haben Mitglieder der nationalsozialistischen SA aus verschiedenen Orten mir freiwillig beachtliches Material überbracht.

Ich habe das Material in meiner Eigenschaft als Abgeordneter entgegengenommen und sofort pflichtgemäß den amtlichen Stellen weitergegeben, denen die Sorge für die Sicherheit des Staates obliegt. W. Sollmann, M. D. R.

### Nationalsozialistische Grabsteinschändung

Hamburg, 5. Jan. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Dienstag wurden auf dem jüdischen Friedhof zwei junge Leute festgenommen, als sie mehrere Grabsteine gewaltsam umrissen und eine Anzahl weiterer jüdischer Grabmäler schändeten. Wie sich bei näherer Untersuchung herausstellte, handelt es sich bei den beiden Festgenommenen um Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei. Es ist in diesem Falle also endlich einmal gelungen, beweisträchtige Feststellungen, daß Nationalsozialisten sich als Friedhöfshändler betätigen.

### Bayerische Offensive gegen nationalsozialistische Ausschreitungen

Die Polizei hat auf dem Posten zu sein

Aus München wird gemeldet: Wie erst jetzt bekannt wird, hat der bayerische Polizeiminister anfangs Dezember vorigen Jahres an seine sämtlichen Außenbehörden, Polizeidirektionen, Bezirks- und Ortsvorstände usw. besondere Weisungen zur Bekämpfung und Unterdrückung der nationalsozialistischen Ausschreitungen in Versammlungen erteilt. In diesen Weisungen, die von der unter dem Hakenkreuzterror leidenden Bevölkerung dankbar begrüßt werden, heißt es: „In nationalsozialistischen Versammlungen sind die reberischen Zwecke immerfort sehr zahlreich gemeldet, leider vielfach ohne daß sie von den Polizeibehörden entsprechend registriert wurden. Verhinderlich konnten nationalsozialistische Versammlungsredner nicht nur gegen die Reichs- und Staatsregierung, sondern auch gegen Vertreter anderer politischer Parteien in der unflätigen Weise hegen und Gewalttätigkeiten androhen und ankündigen, ohne daß hiergegen irgendwie eingeschritten worden wäre. So konnte kürzlich ein nationalsozialistischer Redner von anderen politischen Parteien nicht nur von „berartigem Gesindel“ und von einem „Hinkigen Misthaufen“ reden, sondern auch bestimmte Personen als „hochverräterische Schulte“ bezeichnen. Ein anderer Redner schloß seine Ausführungen mit „Ihr wißt nun, was Ihr für einen Mann in euren Mauern habt. Wir werden ihn heransuchen, den Bruder, wenn es losgeht.“

Auch die bekannt, in letzter Zeit wiederholt aufgetragene Neuzerung, „Köpfe werden rollen“, diese oder jene Person wird gereinigt vor einem Staatsgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden, gehören hierher. Solche Androhungen und Ankündigungen von Gewaltmaßnahmen sind dazu bestimmt und geeignet, die Bevölkerung, wie auch die Beamten und Behörden einzuschüchtern, die in der Bevölkerung vorhandene Unruhe zu steigern und die politischen Gegensätze aufs äußerste zu verschärfen. Ein passives Verhalten der Polizei solchen Erzeilen gegenüber erweist in der Bevölkerung den Eindruck, als sei die Polizei nicht willens oder nicht in der Lage, diesem Treiben entgegenzutreten, und als sei die Bevölkerung ihm schutz- und wehrlos preisgegeben. Die Duldung solcher Ausschreitungen erschüttert das Ansehen des Staates und das Vertrauen der Bevölkerung zu den Polizeibehörden und zu den Polizeibeamten. Das untätige Verhalten der Polizei bestärkt aber auch die betreffenden Redner und ihre Parteigenossen in dem Glauben, die Polizei habe nicht den Mut, ihnen entgegenzutreten. Es ist daher unbedingt notwendig, daß diese Ausschreitungen mit größerer Schärfe, mit mehr Mut und Schneid entgegengetreten wird.

Vor allem sind die mit der Ueberwachung politischer Versammlungen beauftragten Polizeibeamten anzumelden und anzuhalten. Versammlungen, in denen solche Neuzerungen fallen sofort und mit aller Entschiedenheit und Unerbittlichkeit aufzulösen. Dieses ist gewiß vielfach nicht ganz leicht durchzuführen. Die mit der Aufgabe der Versammlungsüberwachung zu betrauten Beamten sind deshalb sorgfältig auszubilden und es sind ihnen entsprechende polizeiliche Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, damit sie sich jederzeit durchsetzen können.“

### Die Lausanner Reparationskonferenz

Bern, 5. Jan. Mit Note vom 4. Januar 1932 haben die in Bern akkreditierten Missionsschefs der an der Reparationskonferenz beteiligten Staaten dem Bundesrat mitgeteilt, daß ihre Regierungen wünschen, die Reparationskonferenz in Lausanne abhalten zu können. Der Bundesrat hat nun beschlossen, diesem Wunsch stattzugeben.

Die Reparationskonferenz wird dem Vernehmen nach ihre Sitzungen im Schloßhotel in Dully am Genfer See abhalten. Dort tagte 1923 die Friedenskonferenz der Westmächte und der Türkei.

### Französische Linksblätter für Reparationsstreichung, nationalsozialistische Blätter ablehnend

Paris, 5. Jan. Das Leitmotiv der heutigen Presse bildet die Frage einer endgültigen Streichung der Reparationen durch die französische Regierung. Dieser Gedanke, der von der Débatte de Toulouse lanciert wurde, ist heute von nahezu allen Blättern aufgegriffen und in den Vordergrund ihrer Betrachtungen gerückt worden.

République begrüßt ihn freudig, sie sieht in seiner Verwirklichung — wenn jetzt Frankreich sein juristisches und moralisches Recht auferte — die Krönung der Annäherungspolitik.

Deuxième glaubt einen solchen Schritt billigen zu können, wenn er geschieht, um die politische Atmosphäre zu erneuern. Er sei abzulehnen, falls er lediglich dem Interesse der angelsächsischen Gläubiger dienen sollte.

Das Blatt Herriots, Le Nouvelliste, verlangt, dem Verzicht auf die Reparationen müsse der Verzicht des amerikanischen Kongresses auf die Kriegsschulden, der der privaten Gläubiger auf die eingestrichenen Kredite und schließlich die Zustimmung Deutschlands, unterstützt durch entsprechende Garantien, zu einer Politik der Ordnung der Welt im Sinne des Friedens vorangehen. Dennoch kommt auch diese Zeitung zur Feststellung, daß die öffentliche Meinung heute eine große Geste erwarte.

Die Rechtspresse, s. B. Echo de Paris, steht natürlich anders auf dem Gedanken. Dieses Blatt erklärt u. a., es müsse darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Industrie gewaltig ausgereizt sei und nach Beendigung der Krise auf den internationalen Märkten eine ungeheure Ueberlegenheit haben müßte, wenn die Reparationschulden von ihr genommen wären. Zudem würde Deutschland nach Beendigung des Reparationsproblems unversäglich den „zweiten Teil seines nationalen Programms“ in Angriff nehmen, nämlich die nationalen und politischen Forderungen.

Zu dem Vorschlag, die Reparationszahlungen zu streichen, äußert sich der Temps in ablehnendem Sinne. Das Blatt erklärt: „Eine Streichung der Reparationschulden würde jene kommerzielle Unmoral funktionieren, die vielleicht das bestimmende Element der jetzigen Krise sei. Es stehe nicht so sehr das Interesse Frankreichs auf dem Spiel, das das in seinem Budget entsetzende Loch ausfüllen könnte, sondern vielmehr das Interesse Europas und besonders Deutschlands. Ein Sieg Deutschlands in der Tributfrage würde Deutschland nur ermutigen, neue Forderungen vorzubringen.“

Einige Berliner Blätter beschäftigen sich in lockerer Form mit den verschiedenen französischen Presseäußerungen über die Reparationsfrage, insbesondere mit den Anregungen der Débatte de Toulouse und der Polemik des Temps zu diesen Anregungen.

Die Germania warnt davor, in den jüngsten französischen Pressestimmen zu der Reparationsfrage bereits die Einleitung zu einem bevorstehenden Umsturz der französischen Regierung zu sehen. Die Tatsache aber, daß die mutigen Feststellungen der südfrenzösische Provinzzeitung einen so starken Sturm in der Pariser Presse erregen könnten, sei ein Beweis für die steigende Unsicherheit, in der man sich heute in Frankreich gegenüber dem politischen Schuldenproblem befindet. Die durch Frankreichs Hartnäckigkeit verschuldete amerikanische Haltung in der Schuldenfrage werde die große Frage auf, was mit den eigenen Schulden werden solle.

### Kreditverlängerung um 1 Jahr

Eine Zwischenlösung bei den Berliner Stillhalterverhandlungen

Berlin, 5. Jan. (Eig. Draht.) Die Stillhalterverhandlungen in Berlin haben zu einem wichtigen Teilergebnis geführt, und zwar in der Frage der Verlängerung der kurzfristigen Kredite. Von deutscher Seite hatte man u. a. das Projekt befürwortet, die kurzfristigen Kredite insgesamt um zehn Jahre zu verlängern und in dieser Zeit ratenweise zu tilgen. Dieser Plan konnte nicht durchgesetzt werden. Die Auslandsbanken haben sich dagegen bereit erklärt, eine Verlängerung um ein Jahr zuzugestehen. Ohne Zweifel handelt es sich um eine Zwischenlösung, da man sicherlich das Ergebnis der Reparationskonferenz abwarten will. In anderen wichtigen Punkten gehen die Verhandlungen weiter.

### Kommunistische Streikparole auch in Hamburg mißglückt

Berlin, 5. Jan. (Eig. Draht.) Die von den Kommunisten für das Groß-Hamburger Hafengebiet angekündigten Streikaktionen sind vollkommen ins Wasser gefallen. Schon am 2. Januar waren trotz ausdrücklicher Parteibefehle an die KPD-Funktionäre nicht der geringste Versuch irgend einer Aktion zu bemerken. Erst am Montag und Dienstag wurden schwache Anläufe zu einem Streik unternommen. Sie sind aber lässlich gescheitert.

### Der Fälscher

Der Enthüller der Bogheimer Dokumente erzählt:

Im folgenden schildert der Hg. Schäfer (Offenbach), seinen Entwicklungsgang zur demokratischen Republik, er bringt den Beweis, daß man vor seinem Gewinnswechsel nicht das Gerinige an ihm auszuliegen fand und erweist ein herrliches Gemälde dem heiligen „Dritten Reich“.

Die Bogheimer Dokumente haben erkennen lassen, wie politische Clowns das „Dritte Reich“ zu gestalten beabsichtigten. Den niederdrückenden Eindruck dieser Dokumente soll eine infame persönliche Hebe gegen mich verwischen. Mit Wechselkäufungen soll ich eine große Bank bereingeleitet haben.

Es ist richtig, daß mich im Jahre 1928 eine Großbank ersuchte, das Bankkonto meiner Gesellschaft abzudecken. Ein in Wirtschaftskreisen nicht ungewöhnlicher Vorgang. Um diese Abdeckung zu ermöglichen, verhandelte ich mit Geschäftsfreunden. Diese „Geschäftsfreunde“ waren außerordentlich reich.

Die Auffäuler der Bankforderung — meine „Geschäftsfreunde“ — erstrebten nämlich einen Verleumdungskrieg und zwar einen betrügerischen Verleumdungskrieg. Mein Verteidiger hat in der Hauptverhandlung erklärt, er könne auf Grund eigener Wahrnehmung feststellen, daß die Auffäuler der Bankforderung ausdrücklich betont haben würden, die Bilanzen meiner Gesellschaft könnten nicht schlecht genug ausfallen. Mit finanziellen Versprechungen wollten mich weiter diese „ehrbaren Kaufleute“ zunächst in ihre sauberen Pläne einspannen. Ich kämpfte gegen dieses beabsichtigte Kontursverbrechen mit allen Mitteln an. Die neuen Geschäftsfreunde wollten mich schließlich mit Erpressungen geizig machen. In dem Strafverfahren gegen mich verweigerte der Hauptbelastungszeuge die Aussage, als er betragt wurde, ob ich mich gegen Erpressung verwehrte und dieserhalb die Stellung eines Strafantrags angedroht hätte.

Um meinen in Aussicht stehenden Strafantrag wegen Erpressung abzuwehren, stellte ich meine früheren Geschäftsfreunde gegen mich Strafantrag wegen Urkundenfälschung, nachdem schon Wochen ins Land gegangen waren. Ich führte einen aufreibenden Kampf, dem ich allerdings unterlag. Und diese Erpresser sind heute die „Kronzeugen“ meiner Gegner!

Die Hauptbelastungszeugen wurden kommissarisch vernommen. Einer von ihnen lief während der Vernehmung schweigend weg, jammernd, er wolle doch keinen Meineid leisten. Die Meineide sind dennoch geschworen worden.

Sofort stellte ich Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren lediglich mangels ausreichender Beweise ein. Weiterhin stellte der Einstellungsbeschluß fest, daß

„soweit die Ermittlungen nicht die Richtigkeit der von den Beschuldigten aufgestellten Behauptungen ergeben haben, der Sachverhalt ungeklärt geblieben ist“.

In dem Meineidsverfahren erklärte ein anderer Hauptbelastungszeuge, er wisse überhaupt nicht mehr, was er geschworen habe. Gegen diesen Einstellungsbeschluß legte ich Beschwerde ein, jedoch ordnete das Schöffengericht die Hauptverhandlung an. Ich wurde verurteilt. Interessant ist, daß der Haupttreiber des Strafverfahrens später selbst die Anzeige als einen großartigen Witz bezeichnete. Auch das ist offenkundig.

Auf Grund meiner vorgenannten Beschwerde sind jedoch schon im Mai 1931 von der Generalstaatsanwaltschaft neue Ermittlungen eingeleitet worden. Das Verfahren schwebt bei dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht 1 Berlin, Akt. Reich, 5 J. 165/30. Sehr interessant ist noch die Tatsache, daß die in Frage kommende Großbank von mir auf Grund der früheren Geschäftsverbindungen auch nicht einen Pfennig zu fordern hat. Herr Dr. Wagner vom Bogheimer Hof wird eine solche selbstbenutzte Behauptung nicht aufstellen können.

### Der Gauleiter findet nichts dabei

Diesen Tatbestand legte ich vor meiner Bestellung zum Kreisleiter der NSDAP, dem Gauleiter Gemeinder dar. Den Gauleiter Gemeinder erwiderte mein Schicksal und die Tragik des ganzen Falles. Weil ich nicht zum Kontursverbrecher werden wollte, haben mich die Kronzeugen meiner Gegner zum „Fälscher“ gemacht.

Mit allem Idealismus habe ich alsdann für die NSDAP gearbeitet, weil ich von der Lauterkeit ihrer Ziele überzeugt war und annehmen mußte, daß sie gegen jedes moralische Unrecht anstünden würde. Ehrenamtlich überließ ich mich für diese Bewegung auf, in der ich die Rettung des deutschen schaffenden Menschen sah. Meine Einnahmen als Sonditus einer Frankfurter Firma hatten zum großen Teil der Partei zu, ich und meine Familie lebten geradezu spartanisch.

Wiederholt belüchelte mich außer in meiner Wohnung raschende Parteigenossen in meinem Frankfurter Büro; unabhägige Male rief mich die Gauleitung in meiner Arbeitsstelle an. Gregor Straber glaubte daher das Recht zu haben, böhnlich im Wöllischen Beobachter zu fragen, woher ich meine Substanzmittel bezogen haben würde, weil ich ehrenamtlich tätig gewesen wäre. Die Führer der Partei gegen das „Bonzentum“ können sich eine ehrenamtliche Tätigkeit wohl gar nicht mehr vorstellen.

Weil ich ehrlich und nur aus idealen Motiven heraus handelte, eckte mich zuletzt der Nationalsozialismus an. Meine Familie litt, weil ich in der entsetzlichen Notzeit überall helfen wollte. Und die persönlichen Beschimpfungen zwangen mich nunmehr zu eindeutiger Deutlichkeit. Ende Oktober 1931 legte mir der Gauleiter Venz dar, daß der Gau Hessen finanziell fertig wäre. Schulden, Schulden und nichts als Schulden. Die Gauleitung hat mich offiziell um Hilfe.

Bevor ich mich entscheiden konnte, ersuchte ich um Anabe der Gehälter der Gauangestellten. Mir fiel schon lange auf, daß im Gau alles andere als spartanisch gemirtschaftet wurde und daß die Gauangestellten Mühen hatten, die nicht in Einklang zu bringen waren mit der Not der Zeit. Kategorisch vertrat ich die Ansicht, es dürfe unter keinen Umständen mehr ausgeben als vereinnahmt werden. Und das muß manchen Parteibeamten, der draußen auf die „Bonsen“ loswetterte, tief und schmerzhaft getroffen haben. Die Aufnahmehesche lagen zu Tausenden unerledigt bei der Gauleitung. Die Aufnahmegelder von je 2 M pro Schein hatte die Gauleitung Hessen für sich verbraucht, ankott die Aufnahmegelder ordnungsgemäß Zug um Zug mit den Aufnahmescheinen nach München abzuführen. Bettel-Pfennige, die sich mancher Erwerblose am Munde absparte, wurden großzügig in „Spefen“ umgewandelt. Ein Standardführer der SA, wird sich an die Spefen für die Selbstkauferei noch erinnern können. Obere SA-Führer laufen seit, die einfachen SA-Leute dürfen Beiträge zahlen und mit zerissen Stiefeln herumlaufen. Seit Dezember 1930 lagen die Aufnahmescheine in Darmstadt, bis schließlich anfangs November 1931 auf energische Vorstellungen hin die Reichsleitung die Mittelbesitzarten ausstellte und die Aufnahmegelder der Gauleitung Hessen fundete. Die Untergruppenführer der SA, trat an mich heran, finanziell ihr zu helfen, weil sie von der Gauleitung die Anteile an den Mitgliedsbeiträgen — etwa 5000 Mark — nicht erhalten könne. Anfangs 1931 hat mich die Gauleitung nochmals schriftlich um Hilfe, circa 21.000 Mark Schulden seien vorhanden, und diese

## Die Arbeiterbank

### Ein erfreulicher Bericht und eine mißglückte Legendenbildung der Arbeiterfeinde

In dem Krisenjahr des jetzt zu Ende gegangenen Jahres mußte die Tatsache, daß die Bank der freien Gewerkschaften, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. Berlin ohne jede Erschütterung diese schwere Krise Deutschlands überstanden hat, die organisierte Arbeiterkraft mit besonderem Stolz erfüllen.

In den kritischen Julitagen war die Arbeiterbank fast die einzige Bank in Deutschland, die ohne jegliche Einschränkung den Gläubigern alle angeforderten Summen zurückgabte bis zu dem Augenblick, wo durch Gesetz höhere Rückstellungen als die gesetzlich zulässigen verboten wurden. Diese hohe Zahlungsfähigkeit der Arbeiterbank hat den Reich aller politischen Gegner erweckt und Verurteilungen aller Art gegen die Arbeiterbank zur Folge gehabt. U. a. wurde in der letzten Zeit auch behauptet, daß die Arbeiterbank illiquid sei, daß die zur Stilllegung der Dresdner- und Danziger eingetragene Garantie- und Akzeptbank hätte eingreifen müssen, daß es zwischen Direktion und Aufsichtsrat der Arbeiterbank zu einem Streit gekommen sei, daß an das private Bankhaus Reit Simon & Co. hohe Millionenbeträge ausgeteilt worden seien und das alles, weil die Geschäftsführung der Arbeiterbank den Standpunkt vertreten habe, daß die Arbeiterbank nicht „sehr genug angelegt“ werden könnte.

Um welche böswillige Legendenbildung es sich hier handelt, ergibt sich aus einer Veröffentlichung der demnächst erscheinenden ersten Nummer der Gewerkschaftszeitung des neuen Jahres 1932, die vom Bundesvorstand des A.G.B. ausgeht und die mit aller Rücksichtlosigkeit und Offenheit die wirkliche Lage der Arbeiterbank darlegt. Die Gewerkschaftszeitung schreibt, daß die Behauptung, die Einlagen könnten nicht „sehr genug angelegt“ werden, die Tatsachen völlig auf den Kopf stellt. Immer wurde das größte Gewicht darauf gelegt, eine möglichst große Liquidität (Zahlungsfähigkeit) bei der Gelderhebung zu gewährleisten. Zahl das im Juli 1931 nicht unberücksichtigt erhebt (1) haben, von diesen 139 Millionen waren 40,5 Millionen sofort greifbare Guthaben bei Banken und Bankfirmen und 3,55 Millionen waren Kassenbestände, Guthaben bei der Reichsbank, unverändliche Schenkungen und Wechsel. Fast 45 Millionen waren also fest in diesen schwierigen Zeiten allererste Flüssigkeitsreserven, wie sie überhaupt nicht besser beschaffen werden können. Außerdem waren 13 1/2 Millionen Mark

eigene Wertpapiere verzeichnet, die eine weitere Flüssigkeitsreserve darstellen.

Man braucht wahrlich vom Bankgeschäft nicht viel zu verstehen, um zu erkennen, daß angesichts solcher Tatsache die Behauptung einer Illiquidität völlig irrig ist.

In größerem Ausmaß als bei der Arbeiterbank dürfte die Zahlungsfähigkeit nirgends gesichert sein.

Natürlich ist auch die Behauptung eine Legende, die Arbeiterbank habe die Einlagen vor allem in Pfandbriefen festgelegt. Die Bilanzsumme vom 30. November beträgt 157 Millionen Mark. Sämtliche eigenen Wertpapiere machen aber nur 9 Prozent dieser Bilanzsumme aus; auf Pfandbriefe und sonstige schwerveräußerliche Papiere kommen im Höchstfalle 6 Prozent der Bilanzsumme. Ebenso ist die Behauptung von Unternehmungen ohne weiteres durch die Bilanzsiffern widerlegt, da die Novemberbilanz mit 157 Millionen Mark Bilanzsumme nur Beteiligungen im Betrage von 4 1/2 Millionen Mark ausweist, was knapp 3 Prozent der Bilanzsumme ausmacht.

Die Gewerkschaftszeitung stellt weiter fest, daß die Arbeiterbank es im abgelaufenen Krisenjahre

niemals nötig gehabt hat, irgendwelche Hilfe von anderen Instituten in Anspruch zu nehmen.

Es sei völlig aus den Fingern geblasen, daß irgendeine Verbindung zwischen der Arbeiterbank und der Akzept- und Garantiebank bestehe. Eine solche Verbindung habe auch niemals seitens irgendeiner mit der Arbeiterbank in Beziehung stehenden anderen Stelle bestanden. Ebenso wenig habe die Arbeiterbank irgendwelche besonderen Kredite oder Hilfeleistungen von der Reichsbank jemals in Anspruch genommen. Unnötig sei auch die Behauptung, daß zwischen Aufsichtsrat und Direktion der Arbeiterbank wegen der Geschäftspolitik der Arbeiterbank ein offener Streit bestehe. Wenn schon die Gesamtlage der Arbeiterbank so durchaus gesichert und vollkommen gesichert ist, dann besteht zu einem solchen Streit einfach kein Anlaß. Wie schwindelhaft die Legendenbildung aber betrieben wird, dafür zeugt noch eine Tatsache: die Bilanzsummenstellungen (6 bis 8 Millionen werden genannt) an das Bankhaus Reit, Simon & Co. machen noch nicht 0,015 Prozent der Guthaben aus, die die Arbeiterbank bei sämtlichen Banken überhaupt hat, das ist weniger als der tausendste Teil der behaupteten Summe.

Es ist erfreulich, daß der A.G.B. in rüchhaltiger und offener Weise und zwar mit Siffern, die jeder konstatieren kann, die unberechtigten und verantwortungslosen Ausrechnungen gegen die Arbeiterbank als das fernsinnigste, was sie sind, und als eine durch nichts begründete und böswillige Legendenbildung. Das Vertrauen in die Arbeiterbank erklären wir uns wollen wir ein vergebliches Bemühen der Arbeiterfeinde bleiben.

### Kohlenverbilligung für Hilfsbedürftige

#### Eine Maßnahme in der Richtung der sozialdemokratischen Forderungen

Im Rahmen der Winterhilfe hat die Reichsregierung weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Um für die nächsten Monate neben der seit Mitte Dezember in Gang befindlichen Fleischverbilligung eine Kohlenverbilligung für die hilfsbedürftige Bevölkerung durchzuführen.

Die näheren Bestimmungen enthält ein gemeinjamer Erlass des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers des Innern vom 23. Dezember 1931. Danach sind zur Teilnahme an der Kohlenverbilligung berechtigt:

alle Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenrente, die Familienzulagen erhalten, ferner die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützte in offener Fürsorge Unterstüzten, die einen eigenen Haushalt führen und schließlich Empfänger der Zuschüsse nach dem Reichsversorgungsgesetz, soweit sie einen eigenen Haushalt führen und ausschließlich auf Rente und Zulagen angewiesen sind.

Das Verfahren ist in ähnlicher Weise geregelt, wie bei der Fleischverbilligung. Es werden Bezugshefte ausgeben, die nicht übertragbar sind, und zwar für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenrente durch die Arbeitsämter, für die von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützten Personen und für die Empfänger von Zuschüssen nach dem Reichsversorgungsgesetz durch die Dienststellen der öffentlichen Fürsorge.

Die Bezugsstellen für die verbilligte Kohle sind alle Kohlenverkaufsstellen, die sich bereit erklären, den Bezugsheften in Zahlung zu nehmen und den sonst geltenden Vorschriften zu entsprechen. Die Verkaufsstellen werden durch Ausgabekennzeichen gekennzeichnet. Jeder Berechtigte kann monatlich 2 Zentner verbilligter Kohle erhalten. Der verbilligte Preis muß für den Zeitraum 30 Wg. unter dem Tagespreis oder dessen für die Unterstützungsempfänger durch Preisnachlässe der Kohlenhändler und des Groß- und Kleinhandels sowie durch Frachtermäßigungen oder durch Ermäßigungen auf Kosten des Fürsorgeverbandes bereits festverbilligten Preis liegen. Die Verbilligung wird für alle Arten und Kohlen, also auch für Braunkohlenbriketts gewährt.

Der erste für den Monat Januar gültige Bezugschein wird am 2. auf je einen Zentner Kohle laufenden Abrechnungen wird im Laufe dieses Monats ausgeben werden. Gleichzeitig gelangt ein weiterer vier Wochen umfassender Bezugschein für verbilligtes Fleisch zur Ausgabe.

### Mißtrauensantrag in Anhalt angenommen

Desau, 5. Jan. (Eig. Drabl.) Der Anhaltische Landtag nahm mit 19 gegen 17 Stimmen einen Misstrauensantrag der Deutschen Nationalen an, der der Regierung das Vertrauen entzieht. Die Regierungsneubildung dürfte auf große Schwierigkeiten stoßen, da die Rechte ihre Absicht, eine bürgerliche Regierung zu bilden nicht durchsetzen kann.

### Das Hochwasser

Kassel, 5. Jan. Die Weier ist infolge der Schneeschmelze über die Ufer getreten und hat die Niederung kilometerweit überschwemmt. Bad Eissen steht unter Wasser. Im Dorfe Darmstadtischen wurde ein Anbau von den Fluten fortgerissen; er ertrank.

Wien, 5. Jan. Die Donau ist von gestern auf heute um 4 Meter gestiegen. Das sogenannte Fundationsgebiet ist bereits überschwemmt.

Wien, 6. d. Jp. (Fundident.) In Desterreich und in der Tschechoslowakei steht erst die Hochwasserkatastrophe mit voller Wucht ein. Die Donau ist in der Nacht zum Dienstag um vier Meter gestiegen. In Spitz flürzte die Donau auf den Bruch des Drahtseiles um. Drei Personen ertranken. Unter ihnen befindet sich auch der Führermann. In Böhmen flüht die Elbe fast vier Meter Hochwasser. In der Stadt Landstron in Ostböhmen stehen 150 Häuser unter Wasser.

### Auwi, der Seelentrost

Der Nazi-Mörder Schmidt aus Dransfeld, der einen Reichsbannermann erschoss, erhielt im Gefängnis den Besuch des Prinzen Auwi.



„Und wenn mein Vater noch regierte, würde ich Ihnen den Hausorden der Hohenzollern erwirken.“

Staatsautorität gegen Zerlegungspolitik

Württemberg im Kampf gegen die Volksverheugung

Als Vorbetrachtung für die im Frühjahr stattfindenden württembergischen Landtagswahlen...

Die Neuwahlen zum württembergischen Landtag müssen nach den Bestimmungen der Verfassung...

Herr Beyerle ließ sich unter ausdrücklicher Berufung auf seine Eigenschaft als Landesvorsitzender...

Ob unser heiliges Bemühen zur Erreichung dieses Zieles (Befreiung des deutschen Volkes aus drückender Lage)...

Ähnlich lautet es in der Meinerung des Staatspräsidenten B o l z. Nachdem er festgestellt hat, daß seine Partei in der Außenpolitik...

Das Jahr 1932 wird ein politisches Kampfsjahr. Der Kampf mit dem politischen Radikalismus in jeder Form...

Man würde den Verfassern dieser Neujahrsfestsreden wohl unrecht tun, wenn man die zitierten Sätze lediglich als rhetorische Wendungen ansehen wollte...

Nun gibt es aber auch, wenn die Ankündigungen der Zentrumsführer nicht nur papiernen Wert haben sollen, den staatlichen Verwaltungsapparat auf diese politische Regierung einzustellen und auch sonst alles zu tun, was zur Bildung der richtigen Kampffronten erforderlich ist.

Ein Schwabenreich der württembergischen Polizei

Als ein Schwabenreich der württembergischen Polizei gegen die von der Regierung angeordnete Offenheit...

Das Stuttgarter Polizeipräsidium hat am Dienstag einen Streik vollführt. Mit dem es kein politisch gesehen, der württembergischen Regierung einen unzulässigen Härtendienst geleistet hat.

Der Grund für diese Amollleistung der Stuttgarter Polizei ist in folgendem zu suchen. Die „Schwabische Tagwacht“ hatte im Anschluß an die Meldung des „Sozialdemokratischen Presseblatts“...

Während die Ermittlungen im Schneidentempo fortgeführt werden, verläßt der Hochverräter Best das Amt des Richters im Reichlichen Staatsgerichtshof.

Und darum Räuber und Mörder! Darum eine Polizeiaktion des achtschwersten Umfanges! Es heißt, daß sich das Stuttgarter Polizeipräsidium darauf hinaussetzt, es habe in diesen Tagen eine Beleidigung der deutschen Rechtsprechung erlitten.

Kommunistische Schwindel-Ziffern zum:

Einheitsfront-Schwindel

Auf zwei vollen Seiten verjucht die Mannheimer Arbeiterzeitung in ihrer Nummer vom 31. Dezember den Nachweis zu erbringen, wie die KPD organisatorisch gestärkt, die SPD in gleichem Maße geschwächt und die Taktik der Einheitsfront glänzende Siege erzielte...

1. Schwindel:

Die KPD verjucht unter Wiedergabe der Wahlziffern vom Jahre 1920 bis zur Reichstagswahl 1930 den Nachweis zu erbringen, daß die Wahlergebnisse einen einsigen fortgesetzten Aufstieg der KPD in Baden beweisen. Um diesen Nachweis wenigstens einigermaßen geben zu können, muß allerdings die KPD, einige Wahlergebnisse unterlassen. Um eine möglichst niedrige Ziffer herauszubekommen, greift sie zurück auf die Wahl des Jahres 1920, wo bekanntlich fast sämtliche, heute vorhandenen Kommunisten, insbesondere bei uns in Baden, noch bei der USP waren.

Die KPD erhält 1920: 14 471 Stimmen, 1924: 95 654 Stimmen, 1928: 66 808 Stimmen, 1930, wo sie richtig anführt, 112 975 Stimmen. Es gebraucht also das ganze furchterliche Elends, um überhaupt die kommunistische Partei wenigstens einmal zu einem annehmbaren Stimmenerfolg zu führen.

Eine solche Entwicklung nennt man eine gesunde Entwicklung, im Gegensatz zu der KPD, die vor dem hereinbruch des jetzigen Wirtschaftskrisens in Baden von einer Wahnvorstellung in die andere in den letzten Jahren hineingetorkelt ist.

2. Schwindel:

Die Arbeiterzeitung schreibt: „Die SPD. gab im Januar 1931 25 000 Mitglieder für Baden an. Im August berichtet die SPD. auf ihrer Tagung in Karlsruhe, daß sie noch 18 000 Mitglieder habe, von denen aber nicht alle abrechnen. Die SPD. hat also in sieben Monaten 7 000 Mitglieder verloren.“

Die Darlegungen der Arbeiterzeitung sind von A bis Z ausgelegter Schwindel. Die SPD. hat im August weder in Karlsruhe noch sonst an irgendeinem Ort eine Landesversammlung gehabt. Nirgends wurde von der SPD. Leitung jemals erklärt, daß sie nur noch 18 000 Mitglieder habe. Die Mitteilungen im Januar 1931, wonach die SPD. 25 000 eingeschriebene Mitglieder habe, entsprechen auch heute noch voll und ganz der Wahrheit und wir müssen den Schwindler in der Arbeiterzeitung die wohl für sie schmerzliche Mitteilung machen, daß es auch heute noch 25 000 Mitglieder und einige hundert mehr sind, trotz dem sogenannten „Siegeszug“ der KPD. Diese

Stabilität der badischen Sozialdemokratie vermögen auch die Kommunisten nicht zu stören, selbst dann nicht, wenn sie unter Einleitung von Kaviartraktoren wie Männer wie Eckert und Faulhaber in ihr Lager schleppen lassen.

3. Schwindel:

Diesmal brauchen wir die KPD wegen ihres Schwindelmandats nicht zu entlarren. Dies besorgt sie vielmehr selbst auf das gründlichste. Neugierig, wie wir einmal sind, hätten wir zuerst die Frage an die Arbeiterzeitung, wo denn eigentlich diese 31 Einheitskomitees, die sie für Baden und die Pfalz ansieht, seien? Es werden dies doch keine Geheimnisse sein? Wenn diese Männer in einem Einheitskomitee wirken sollen, dann müssen sie doch auch der Öffentlichkeit bekannt werden. Warum dann also das verschämte Verschweigen derjenigen Orte, an denen solche Einheitskomitees vorhanden sein sollen? Ist dies etwa darauf zurückzuführen, daß die Ziffer auf dem gleichen Schwindel aufgebaut ist wie die Meldung der Roten Fahne über die angeblich in Mannheim existierenden Einheitskomitees? Wir wundern uns nur darüber, daß man sich in der KPD nicht schämt, mit solchen blöden Behauptungen in der Öffentlichkeit zu operieren. Daß man es aber bei der ganzen „Einheitsfront“-Angelegenheit mit einem kommunistischen Schwindel zu tun hat, beweist die KPD selbst.

Die Sozialdemokratie der „Hauptstadt“

Zunächst weist die KPD darauf hin, daß bei der Anwendung der Einheitsfront-Taktik von den Genossen in Weingarten der Fehler gemacht worden sei, daß sie für einen SPD-Bürgermeister gestimmt haben. Ebenso hätten die Genossen in einer Reihe von Orten in der Pfalz den Fehler gemacht, direkt mit der Organisationsleitung der SPD. wegen Bildung einer Einheitsfront in Verbindung zu treten. Diese Fehler seien aber jetzt korrigiert. Ob sie in der gleichen Art korrigiert worden sind wie in Württemberg, wo man die kommunistischen Ortsvereine auflöste, die zusammen mit der SPD. eine Einheitsliste zu den Gemeindevahlen aufstellte, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls ist aber die KPD. in ihrem Artikel offen genug, auszusprechen, daß es sich bei der Einheitsfront-Taktik nur darum handelt, den Kampf gegen die SPD. mit womöglich größter Eriola führen zu können. Deshalb schießt sie mit ihrem Einheitsfront-Artikel:

„Wir schlagen die SPD. auch organisatorisch. Die Aufgabe der Partei, Bezirk Baden-Pfalz, wird in diesem Jahr sein, den Masseneinfluß der SPD. zu vernichten, die SPD. organisatorisch zu schlagen.“

Es wird ihnen nicht gelingen

Wir danken der Arbeiterzeitung und ihrem Artikelschreiber für diese Offenheit. Sie ist anerkennenswert und sie wird den Erfolg haben, daß sich ein Nichtkommunist schämen wird und schämen muß, sich zu der Affenkomödie der Einheitsfront-Taktik der Kommunisten misbrauchen zu lassen. In all jenen Kreisen aber, die wirklich einmal der naiven Auffassung waren, daß überhaupt eine Einheitsfront mit den Kommunisten auch nur gegen den Faschismus herzustellen sein wird, wird nun völlige Klarheit geschaffen sein. Die Kommunisten leben nicht im Faschismus ihren schärfsten Gegner, sondern nur in der Sozialdemokratie. Diese zu zerlegen, ist ihre heiligste Pflicht. Das es der KPD. in Baden bisher nicht gelungen ist und auch nicht gelingen wird, diese SPD-Front zu erschüttern, dafür werden wir Sorge tragen, und dementsprechend freut es uns auch aufrichtig, daß die KPD. in ihrem Artikel ausdrücklich auspricht:

„Zahrelang galt die Sozialdemokratie in Baden und auch in der Pfalz als eine Partei, die sehr schwer zu erschüttern ist.“ Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, daß es so bleibt.

Deutsche Helfershelfer Mussolinis

Eine zusammengebrochene rechtsradikale Hehe gegen die Sozialdemokratie

Berlin, 5. Jan. (Eig. Draht.) Am Dienstag fand vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein Beleidigungsprozeß gegen den Herausgeber der sogenannten „Grünen Briefe“, Herrn Sonntag, statt, den die Reichsregierung angeklagt hatte. Sonntag hatte dem Ministerialdirektor Dr. Zehlin, dem Presschef der Reichsregierung nachgesagt, daß er als Sozialdemokrat im Dienste der antifaschistischen Liga den Reichspräsidenten über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse gegen Mussolini und den Faschismus in Italien falsch informiert habe, daß er den Angriffen der Linkspresse gegenüber dem Faschismus nicht mit der nötigen amtlichen Pflückerfüllung entgegengetreten sei.

Der Verlauf des Prozesses und vor allem die Erklärung des Angeklagten Sonntag zeigten deutlich die Quallen dieser Vorwürfe und den Zweck der Angriffe gegen Zehlin. Die „Grünen Briefe“ des Herrn Sonntag sind ein rechtsradikales Organ, die im wesentlichen auf dem Abonnement durch sehr zahlungskräftige Kreise, namentlich durch die Schwerindustrie beruhen. Diese Kreise haben von jeder Angriffe gegen Zehlin gerichtet, um einen Mann aus ihren Reihen an seine Stelle zu bringen. In diesem Falle jedoch war dies nur ein Nebenziel.

Die Aktion richtete sich vor allem dagegen, daß die sozialdemokratische Presse in Deutschland einen scharfen und unerbittlichen Kampf gegen das faschistische System, seine Ausmirrungen und seine Schandtatzen führt. Wie der Angeklagte selbst erzählte, ist die Anregung zu seinem Vorgehen von Kreisen um Mussolini ausgegangen. Die Erklärung des Angeklagten war ein einziger Wutschrei gegen die antifaschistische Kritik in der sozialdemokratischen Presse. Man möchte in den Kreisen um Mussolini gern die deutsche sozialdemokratische Presse so knebeln, wie die freie Presse in Italien geknebelt wird. Es ist deshalb mit Hilfe dieses Sonntags eine Intrigue gespielt worden, die nichts anderes ist als ein Ausfluß des schlechten Gewissens Mussolinis und seiner Mitarbeiter. Wer nichts zu verbergen hat, hat auch die Kritik nicht zu scheuen. Im Prozeß nahm der Beklagte schließlich seine Behauptungen und Anschuldigungen gegen Zehlin zurück, der daraufhin den Strafantrag zurückzog. Die Intrigue gegen Zehlin ist zusammengebrochen. Gegen die sozialdemokratische Presse konnte sie selbstverständlich erst recht nicht wirken werden. Die sozialdemokratische Presse vertritt dem Faschismus gegenüber die Sache des Rechts und der Freiheit. Sie führt einen grundsätzlichen Kampf. Sie wird sich darin, wie bisher, auch in Zukunft nicht betreten lassen, — am allerwenigsten durch die Wutschreie die in solcher Form aus dem Kreise um Mussolini gegen ihre berechnete Kritik laut werden.

aus der deutschen Rechtsprechung erblüht. Man könnte mit mehr Recht sagen, daß die unzulässige Blindheit der Stuttgarter Polizei gegen die württembergischen Behörden, mit denen das Stuttgarter Justizamt täglich geschäftlich ist, ohne daß die Polizei dagegen einschreift, eine viel größere Beleidigung der deutschen Rechtsprechung darstellt, als die beanstandete Notiz der „Schwabische Tagwacht“.

Der württembergische Polizeiminister und Staatspräsident Bolz, der jedoch erst den Kampf gegen den politischen Radikalismus, wie ihn die nationalsozialistische Bewegung in erster Reihe vorwärts, als die verbindlichste Aufgabe der Politik bezeichnet hat, dürfte an diesem Schwabenreich seiner Polizei wohl die allergeringste Freude gehabt haben.

Gandhi



Die Militärs: „Wertwürdig, daß dieser winzige Zivilist eine Nacht darstellt.“

Massenverhaftungen in Indien

London, 5. Jan. (Eig. Draht.) Die Gerüchte, daß Truppen von England nach Indien zur Verstärkung der dortigen englischen Streitkräfte geschickt wurden, wird von offizieller Seite bestritten. Es haben bereits hunderte von Verhaftungen in Indien stattgefunden. Der Kongreß stellt sich immer mehr auf den passiven Widerstand ein. Seit der Verhaftung Gandhis hat der Kongreß nicht weniger als drei Präsidenten gehabt, die nacheinander verhaftet worden sind.



# Neue Hochwasserkatastrophe bei Kehl

W. A. Kehl, 5. Jan. Der gestern gemeldete Dammbruch an der Rinzig bei Kehl hat sich zu einer neuen Hochwasserkatastrophe ausgewirkt, die das ganze Gebiet östlich von Kehl bis nach Auenheim betroffen hat. Im Laufe des Abends ergossen sich erneut durch die Bruchstelle des Rinzigdamms ungeheure Wassermengen in das neue Rinzigbett, das die Wassermassen nicht mehr fassen konnte und rasch überflutet war. In hohen Wellen wälzte sich die Flut über das flache Vorland des ehemaligen Exerzierplatzes nach Auenheim. Bis gegen 9 Uhr abends hatte das Wasser das Weichbild des Dorfes erreicht. Gegen 10 Uhr drangen die Fluten in das Dorf ein. Bald stand das ganze Neubord ein halbes Meter unter Wasser. Stellenweise mußte das Vieh aus den Ställen gebracht werden. Das Wasser drang in die Keller ein. Da sich die Wassermengen am alten Rinzigdamms häuften und zurückgedrängt wurden, stand auch das Oberdorf, das seit Menschengedenken nicht mehr vom Hochwasser bedroht war, in Gefahr, von rückwärts überflutet zu werden. Die Sturmglode wurde geläutet und die über 2000 Einwohner des Ortes Auenheim zur Hilfeleistung aufgerufen. An den drei Gefahrenstellen wurde von Hunderten von freiwilligen Helfern fleißig gearbeitet, um den Fluten neue Abzugswegen zu schaffen. In der Nacht wurde ein Teil des alten Rinzigdamms um 40 Zentimeter erhöht. Der Hochwasserabzugstunnel erhielt einen reicheren Fluß. Zwei über ihn führende Brücken wurden in Gefahr, hinstürzen zu werden. Das neue Rinzigbett der Gemeinde war völlig überflutet. Die Wasserleitung konnte nur durch handiges Pumpen intakt gehalten werden. Steine, Holzbohlen und Kies wurden angefahren, um durch das Aufwerfen eines Damms das Dorf zu retten. Bald war das ganze Dorf völlig abgeschnitten und rogte wie eine Insel aus den Fluten hervor. Das von unzähligen Beschädigten beleuchtete Katastrophengebiet bot ein schauerlich schönes Bild. In dem durchbrochenen Bahndamm wird unermüdet gearbeitet, um den Verkehr wieder aufnehmen zu können. Es war bis Mitternacht nicht möglich, den Gleisen eine feste Unterlage zu geben. Jedoch gelang es, die durchbruchstelle teilweise abzumauern. Das Wasser hat an den Arbeiten der Rinzigregulierung und auf den Fluten unermesslichen Schaden angerichtet, der in seiner ganzen Größe noch nicht übersehen werden kann.

### Der Dammbruch

Unser Berichterstatter in Kehl schreibt uns: Durch den plötzlichen Witterungsumschlag und den Regen ist der Schnee im Schwarzwald innerhalb eines Tages geschmolzen, was zur Folge hatte, daß die Schwarzwaldflüsse starke Wassermassen zu Tal führten. Die Rinzig ist in der Nacht vom 3. auf den 4. Januar ebenfalls über die Ufer getreten und hat an der zur Zeit in Arbeit befindlichen Strecke des neuen Flußlaufes beträchtlichen Schaden angerichtet.

### Lohnraub überall

SWD, Halle a. S., 4. Jan. (Via Draht). Der Landesgeschäftsführer für Mitteldeutschland hat die Tariflöcher für den Braunkohlenbergbau auf Grund der Notverordnung um 15 Proz. herabgesetzt. Wenn auch die Tarifansprüche und Kräfte nicht von der Kürzung betroffen werden, so sind die Löhne durch den Scheiternsdruck doch unter den Stand von 1927 gesunken. — Für die Arbeiter im Mannsfelder Kupfergebiet ist eine Lohnkürzung von 9 Proz. verfügt worden, obwohl bereits vor Erlaß der Notverordnung die Löhne in Mannsfeld erheblich gekürzt worden waren. Die der Mannsfelder Aktiengesellschaft gewährten Reichs- und Staatssubventionen werden vom gleichen Zeitpunkt ab um den Betrag der Lohnparnis gekürzt.

### Der Lohnkonflikt in Berlin

SPD, Berlin, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht). Die auf Wunsch des Gesamtverbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter andererseits Aussprache über die neue Regelung der Arbeiterlöhne in den Berliner städtischen Werken und bei der B.G.G. hat am Dienstag zwischen den Vertretern des Berliner Magistrats und einem Vertreter der Gewerkschaften stattgefunden. Es bestand Übereinstimmung, daß ab 1. Januar 1932 die durch die Notverordnung vorgeschriebene schrittweise Lohnkürzung durchgeführt wird. Darüber hinaus wurde seitens der Gewerkschaften ab 1. Januar 1932 eine Kürzung um einen Pfennig, ab 15. März um einen weiteren Pfennig vorzunehmen. Bei der B.G.G. wird für den Fall der Bestätigung die in Aussicht genommene Streichung der Frauenzulage um 2 Pfennige wieder aufgehoben. — Die Vertreter der Gewerkschaften bezielten sich die Stellungnahme ihrer Organe vor.

### Kündigung der Lohnkarte in den französischen Kohlenbergwerken

Der Präsident der Nordfranzösischen Bergwerksgewerkschaft hat den Bergarbeiterverbänden mitgeteilt, daß die Arbeitgeber, um die Förderpreise für Kohlen den Konkurrenzbedingungen anzupassen, gezwungen seien, die gegenwärtigen Lohnkarten mit Monatsfrist zu kündigen. Die Gewerkschaften haben nunmehr den Ministerpräsidenten Laual um seine Vermittlung ersucht.

### Sport

Rußheim — Ringenfeld 5:1  
Zum letzten Freundschaftsspiel hatte sich am Sonntag der Freie Arbeiter-Sportverein Ringenfeld in Rußheim eingeladen. Die Einzelkämpfer nahmen heute für die letztjährige 3:0-Niederlage Revanche. Mit hartem aber fairem Tempo wurde das Spiel eingeleitet. Beide Tore kamen übers in Gefahr; endlich gelang es Rußheim in der 35. Minute die Führung durch den Linksaußen an sich zu reißen. Mit 1:0 für Rußheim geht es in die Pause. In der zweiten Hälfte ging das Spiel in unerbittlichem Tempo weiter. Die Gäste drängten mächtig auf Ausgleich, doch die gut spielende Rußheimer Hintermannschaft ließ sich in keiner Weise schlagen. Auf der Gegenseite legten die Einzelkämpfer noch 4 weitere Tore vor. Ringenfeld kam 8 Minuten vor Schluss durch Verschulden des linken Verteidigers zum wohlverdienten Ehrentreffer. Beim Schlußpfiff stand das Spiel 5:1 für Rußheim. Ein Gewisse aus Rußheim beim letzten das Spiel zur vollen gegenständigen Beibehaltung. Zu bemerken sei, daß beide Mannschaften zu kämpfen gewohnt sind, und dieses nur voll und ganz im Sinne unserer Arbeiterbewegung.

### Aus der Stadt Durlach

Die Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Durlach, hält am Samstag, 30. Januar, abends 8 Uhr, in der Festhalle in Durlach ihre Generalversammlung ab. Die Arbeitervereine werden gebeten, diesen Termin für die SPD. freizubehalten.  
SWD, Mittwoch: Funktionärskongress. Donnerstag: Körperübungen. Es ist Pflicht eines jeden SWD-Mitglieds, bei den Körperübungen zu erscheinen, denn es gilt das Recht auf die Turnhalle zu beanspruchen. — Im Laufe dieser Woche müssen sämtliche Bücher abgeliefert werden.

### Die Wassermassen bahnten sich den Weg über den Uferbau hinweg in den neuen Flußlauf.

Die Eisenbahnstrecke Kehl—Woppenweier kreuzt 1 Kilometer außerhalb der Stadt den neuen Flußlauf. Der neu zu errichtende Bahndamm wird erst im April fertig gestellt sein. Dadurch, daß der neue Flußlauf ober- und unterhalb des alten Bahndammes bereits abgehangert ist und die Wassermassen, die sich im neuen Flußbett herunterwälzten, keinen Abfluß hatten, stauten sich dieselben am Bahndamm. Wie nicht anders zu erwarten, spülte das Wasser den Bahndamm in einer Breite von 11 Metern hinweg. Der Verkehr Kehl—Woppenweier ist dadurch unterbrochen und wird zwischen Kehl—Kehl der Autobus aufrechterhalten. Die Bauleitung der Rinzigregulierung wie die Reichsbahnverwaltung arbeiten vereint, um die Verkehrshörung zu beseitigen. Die Wassermengen, die sich hier einen Weg bahnten, wälzen sich das neue Flußbett entlang. Der Abfluß ist leider noch nicht fertiggestellt, und so staut sich dort das Wasser ebenfalls. Durch eine Dammbreite, die dort offen ist, ergießt sich das Wasser in Richtung Auenheim. Dadurch ist im Lauf des Tages der neu angelegte Bahndamm der Rheinbahn Kehl—Wühl ebenfalls hinstürzen worden, so daß der Verkehr mit dem unteren Oberrhein ebenfalls unterbrochen ist. Um den Wassermengen den Weg ins alte Rinzigbett wieder zu ermöglichen, und das Dorf Auenheim vor Ueberflutung zu bewahren, hat man sich genötigt, den Damm zu durchbrechen.

### Die Gelber und Wiesen zwischen Auenheim und Kehl sind in einen einzigen See verwandelt.

Zum Glück sind die Wassermassen nicht in dem Maße gekommen, wie es verschiedentlich schon bei der Rinzig der Fall war. Wenn keine weiteren Regenfälle eintreten, dürfte die Gefahr bald beseitigt sein. Von der Bauleitung der Rinzigregulierung war geplant, bis Mai die Arbeiten des ersten Bauabschnitts soweit fertig gestellt zu haben, um den Flußlauf umzuleiten. Doch die Naturgewalten haben es anders bestimmt. Ob eine Ausherrschung genügender Vorrichtung den Dammbruch verschuldet hat, bleibt dahingestellt. Durch den Dammbruch müssen die D-3-üge Paris—Wien umgeleitet werden. In einigen Tagen dürfte der Damm wieder hergestellt sein.

Hohenau, 5. Jan. Infolge des Wettersturzes sind Acher und Schwarzbach über die Ufer getreten und überfluten das Gelände.

### Hochwasserfolgen

D3, Heidesberg, 5. Jan. Die Baugruben der Redaktions-Staustufen Rodenau und Hirschen sind in der vergangenen Nacht wieder vollgelaufen. Das bringt bedauerlich jedesmal eine Arbeitsruhe von etwa 8—10 Tagen.

### Kleine bad. Chronik

**Selbstmorde**  
D3, Wöhrenbach, 5. Jan. Vier ereignete sich innerhalb kurzer Zeit schon der zweite Selbstmord. Im Hagenreutewald wurde heute von Erwerbslosen der 42 Jahre alte Krebskranke und Witwer Josef Schreiber auf einer Tanne erhängt aufgefunden. Die Ursache der arbeitslosen Tat ist nicht bekannt.  
Bad Dürheim, 5. Jan. In der Kolonie Ankenbusch wurde der 28 Jahre alte Arbeiter Karl Wölfler aus Talsheim bei Tullnau auf der Heubühne erhängt aufgefunden. Nach seinen früheren Äußerungen dürfte Liebesmord die Ursache des Selbstmordes sein.  
**Ein Mord vor der Aufführung**  
Waldshut, 5. Jan. Am Samstag wurde im Rhein auf badischer Seite etwa 300 Meter unterhalb der Einmündung der Rutach eine im Eis festgefrorene weibliche Leiche gefunden, die mit einem eisernen Hängeschloß und einem Schlüssel versehen war. Die Ermittlungen haben ergeben, daß es sich um die 25. Oktober 1931 vermißte 24 Jahre alte Elisabeth Vuppberger aus Lautersberg, Amt Freiburg, handelt, die von einem Kirchgang nach Tübingen, Amt Waldshut, zu ihrer Dienstverpflichtung, dem Gärtnereibesitzer Silber in Guntersberg, Amt Waldshut, zurückgekehrt war. Unmittelbar nach dem Verschwinden tauchte sofort der Verdacht auf, daß das Mädchen ein gewalttätiges Verbrechen erlitten hat. Die Staatsanwaltschaft legte eine Belohnung von 300 RM, aus, die von der gefürchten Ermittlungen führen zur Festnahme einiger verdächtiger Personen, die jedoch alle bis auf den bei Silber hochachtbaren Güter W. A. wieder entlassen wurden. Bei keinem dieser Zusammenhänge mit der Tat, jedoch sprechen eine Reihe von Indizien gegen ihn. Die Leiche zeigte am Hals Würgemerkmal. Nur dem Hochwasser ist zu danken, daß sie schon so bald wieder an die Oberfläche kam. Den bedauerlichen Eltern wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

**Ehingen bei Schweningen.** Der 19 Jahre alte arbeitslose Hans Schellmann triefte mit einem alten Wagnerevolver. Da der Schuß nicht losging, wollte Schellmann selbst die Patrone entfernen. Dabei entlief sich die Waffe und die Ladung drang dem Europäischen. Der Revolver unvorsichtigerweise auf sich selbst gerichtet hatte, in die rechte Brustseite. Schellmann wurde sofort ins Heidesberger Krankenhaus transportiert und dort operiert.

**Freiburg. Gesteigerte Reiseziffern.** Die diesmögliche Geltungsdauer der verbilligten Sonntagskarten bei der Reichsbahn vom 23. Dezember bis zum 4. Januar hat beim reisenden Publikum eine auktive Aufnahme gefunden. In Freiburg fanden sich aus entfernten süddeutschen Wäldern, aus Mittel- und Norddeutschland zwischen 700 und 800 Besucher mit der Eisenbahn ein. Die Wehrzahl von ihnen stammte dem Schwarzwald einen Besuch ab, um dem Schilpport zu buldigen.

### Nazi-Platte!

**Der Abonnentenschwund des Süddeutschen Volksblattes**  
Breiten. Wie das Süddeutsche Volksblatt in seiner Samstagnummer selbst ausgeben muß — es soll zwar wohl ein Witz sein — kostete ihm die Schreibereien des Ueberle bis jetzt 500 Abonnenten, nicht 200 wie im „Volksfreund“ zu lesen stand. Ab 1. Januar 1932 sind weitere 2000 Abbestellungen eingegangen. Der Artikel trägt nicht die Unterschrift des Nazi-Agitators Ueberle, die Angaben dürften also stimmen!

Wer vielleicht glaubt, daß dies wirklich ein Witz des „Süddeutschen Volksblattes“ sei, dem muß man entgegenhalten, daß das „Süddeutsche Volksblatt“ keine familiäre Maschinenleber entlassen hat, bis auf einen Mann. Der Redakteur, Herr Gemeinderat Ueberle, arbeitet wieder von morgens bis abends spät, selbst am Sonntag. Bisher erschien das Süddeutsche Volksblatt freitags, ab 4. Januar erscheint es nur viermal!

Trotzdem der Verlag beinahe jeden, der „sein“ Blatt abbestellt, persönlich aufsucht, hat er noch keinen Bericht keinen Erfolg gehabt. Und dies im Zeichen der Machtergreifung der nationalen Opposition?!

Ja, ja, es ist traurig aber wahr. Wenn nicht glaubt, der Isele selbst das „Süddeutsche Volksblatt“ vom Samstag, 2. Januar 1932, Folge 1. Deutschland erwacht auch im Bezirk Breiten.

### Eindruck

Bühl. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde hier in die Verteilungsstelle des Bezirkskommissars Baden-Baden eingebrochen. Die Täter erbrachen den Fensterladen und schnitten eine Glasscheibe aus, um das Fenster öffnen zu können. Die Einbrecher hatten es in der Hauptsache auf Geld und Wertwaren, Rufe, Schokolade und Rauchwaren abgesehen, von denen sie die ganzen Bestände mitnahmen. Um ihre Spuren zu verwischen, entwendeten sie eine Lade Messer und befreuten damit den Fußboden und die Straße. Von den Tätern hat man bis jetzt noch keine Spur.

Wie man erfährt, sollen bereits am Samstagabend in Steinbach, bei der dortigen Verteilungsstelle, Gutedel verhaftet worden sein. Ob es sich wohl um die gleichen Täter handelt?

### Teueres Brot

Schöllbrunn. Man schreibt uns: In unserem kleinen Gebirgsstädtchen Schöllbrunn sind zur Zeit die Brotpreise immer noch hoch. Ueberall bekommt man 3 Pfund Kornbrot für 56 Pf., und hier kostet es noch 80 Pf. Laut Notverordnung sind alle Lebensmittelpreise gesunken. Auch die Brotpreise, meinen wir, könnte man etwas mäßigen. Bei uns sind doch auch leute arme, bedürftige Leute, die das Geld nicht auf der Straße finden. Wenn es nicht besser wird, so wird eben die Leute gezwungen, nach Ettlingen zu gehen und ihren Bedarf dort zu decken. Alles ist teuer, verdient Geld und die Arbeitslosigkeit ist groß genug, daß man die Leute nicht noch aussieben sollte. Wenn man den armen Invaliden noch Abhilfe machen kann, dann könnte man auch mal bei den Bäckermeistern nach dem Rechten sehen.

### Bekämpfung der Gottlosenbewegung

(Eingeleitet)

Aus Freidenkerkreisen wird uns geschrieben: Kürzlich veröffentlichte der badische Beobachter einige „Zentrumsanträge zur Wirtschaftspolitik“, die dem badischen Landtag zur Beratung vorgelegt wurden. Von diesen Anträgen hat einer unsere ganz besondere Beachtung gefunden, der da lautet:

1. Der Landtag wolle beschließen, die badische Regierung zu ersuchen: 1. Von allen bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda Gebrauch zu machen.

2. Bei der Bekämpfung der Gottlosenbewegung zu werden, damit die Möglichkeiten erweitert werden, um die Gottlosenbewegung mit gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen und die Rechte der christlichen Religionsgesellschaften mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen.

Dies ist ein wirklich interessanter Antrag zur Wirtschaftspolitik. Wir Freidenker, bzw. wir „Gottlosen“, wie die Umschreibung für uns lautet, bei deren Rennung es jedem Christen anstößig wird, haben ja allerhand auf dem Kerbholz. Wir kämpfen für die Trennung von Kirche und Staat, für die weltliche Schule, für die Freiheit der Wissenschaft, für eine freie und natürliche Lebens- und Kulturgestaltung und haben auf Grund des gewaltigen Schoss, das unsere Bewegung ausgelöst hat, schon einiges erreicht, wenn es auch nur erst ein Anfang ist.

Daß man uns aber für die Wirtschaftspolitik verantwortlich macht, hat uns bis jetzt von unserer großen Gerechtigkeit noch niemand zum Vorwurf gemacht, das blieb erstmalig dem badischen Zentrum vorbehalten. Sogar die 4. Notverordnung, die doch in die geheimen Winkel nationaler Wirtschaftspolitik hineinklinkt, ist an dieser „Erkenntnis“ vorbeigegangen. Da wird Herr Brüning gar nichts anderes übrig bleiben, als so schnell wie möglich dem angeführten Zentrumsantrag in einem „Nachtrag“ zur Notverordnung Gesetzeskraft zu verleihen, sonst ist die ganze gewaltige Arbeit der 4. Notverordnung zur Bekämpfung der Wirtschaftspolitik umsonst gewesen.

Es zeugt wahrhaftig nicht von der „Reife“ des Katholizismus in der tiefgehenden Auseinandersetzung des Katholizismus mit dem Geist der Gegenwart, wenn man mit Hilfe des Staates diesen „Geist der Gegenwart“ unterdrücken will und all die Angriffe der Kirche, bzw. ihrer Vertreter, die in den letzten Jahren wie ein unaufhörliches Trommelgeschloß auf die freigeistigen Verbände herübergeprallt sind, stehen im krassen Widerspruch zu den Ausführungen des Herrn Pater Madermann auf dem Katholikentag in Karlsruhe am 15. November, der gesagt hat: „Im Vordergrund steht der Kampf um die Liebe. Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und Kommunismus (mit anderen Worten: dem Kultur Bolschewismus, D. V. V.) gehören dem letzten Endes unter dem Banner der Liebe. Ein Wettlauf hat eingeleitet: Wer hat die größere Liebe?“

Welche die größere Liebe des Katholizismus darin, daß man seinem Gegner einfach handlangerlits verbieten lassen will, diese Liebe auszuüben? Sollte das der Fall sein — und die Tatsachen beweisen das nur zu deutlich (siehe auch Notverordnung vom 28. März 1931) — dann ist das keine „Auseinandersetzung“, sondern der Machtpunkt eines Gegners, der seinen Kampf nicht mit den „unvergänglichen Wertigkeiten einer Weltanschauung“ führt, sondern durch Unterdrückung einfach das erlesen will, was ihm an der höchsten Kraft seiner Ideen fehlt. Dann sind aber auch die letzten Worte, die Herr Pater Madermann auf dem Karlsruhe Katholikentag gesprochen hat, nur leere Phrasen.

Sind es denn wirklich die „Kultur Bolschewisten“, die schuld daran sind, daß diese Wertigkeiten im 20. Jahrhundert so niedrig im Kurs stehen? Wer wahrhaft den Dingen auf den Grund geht, dem eröffnet sich zu dieser Frage ein ganz anderer Ausblick. Es sind die ungeheuren Umwälzungen der menschlichen Produktionsverhältnisse, die auch langsam, aber sicher die ganze Denkfähigkeit der Menschheit aus den ausgefahrenen Gleisen begangener Jahrhunderte herausreißt. Die Wahrheit dieses Satzes wird bestätigt dadurch, daß auch in solchen Gegenden, wo noch kein Kultur Bolschewismus hingedrungen ist, mit den alten Überlieferungen gebrochen wird, wie aus so manchem Stoßseufzer kirchlicher Blätter hervorgeht. Die Kirche hat sich auf den heutigen Tag verlagert. Das spricht nicht irgendein gedankenloser Kultur Bolschewist aus, sondern einer, der hervorragenden geistigen Führer des Katholizismus, eben Herr Pater Madermann, der, gleichfalls auf dem Karlsruhe Katholikentag erklärte (Bad. Beob. 16. 11. 1931): „An der Liebe soll man uns erkennen. Sollte man diese Liebe gehabt, dann gäbe es keinen Sozialismus und keinen Kommunismus.“ Einem solchen Urteil von so kompetenter Seite haben wir nichts hinzuzufügen. Welche ist aber doch so mancher Katholik, der an dem braufenden Beifall für Herrn Madermann mitgewirkt hat, beim Lesen dieses Urteils etwas nachdenklich geworden. Wir fürchten nur, diese Einsicht kommt zu spät!

Um nur zu dem Antrag des badischen Zentrums zurückzukommen: Auch dann, wenn alle bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der „Gottlosen“ ausgeschöpft sein werden, wird man erkennen müssen, daß alle diese brutalen Unterdrückungsmethoden nur dazu geführt haben, eine Kulturbewegung vorwärts zu treiben, die heute schon von Hunderttausenden mit innerster Eingebung für ein besseres, von wahrhafter, sozialistischer Menschlichkeit erfülltes Diesseits kämpfender getragen wird.

Ein „Kultur Bolschewist“

Chefredakteur: Georg Schöllbrunn Verantwortlich: Volkm. Friedrich von Baden, Volksfreund, Bad. Beob., Bad. Nachrichten, E. Grünbaum, Landtag, Gemeindefreie Nachrichten, Bad. Zeitung, badische Chronik, Bad. Mittelblatt, Durlach, Badische Zeitung, Die Welt der Frau, Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepöbel, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Rundblatt, Heimat und Wandern, Ausführende: Josef Gille, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Bader, Schmidtke wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.



### Die Polizei berichtet:

#### Der falsche Tausenddollarschein

Am Dienstag nachmittag nahm die Polizei einen ledigen 26 Jahre alten Landwirt und einen verheirateten 54 Jahre alten Arbeiter aus der Gegend von Bretten fest, die versucht hatten, bei der Darmstädter- und Nationalbank hier einen gefälschten Tausenddollarschein einzulösen. Der Schein war von den Bankbeamten sofort als plumpe Fälschung erkannt worden. Einer der beiden will die falsche Note von einem Onkel aus Amerika als Neujahrsgeschenk erhalten haben und von ihrer Echtheit überzeugt sein. Die Festgenommenen wurden der Kriminalpolizei übergeben.

#### Die Kinderwagen auf den Gehwegen

Die Polizeidirektion weist darauf hin, daß Personen mit Kinderwagen auf den Gehwegen nach den Bestimmungen der Karlsruher Straßenverkehrsordnung die rechte Straßenseite einzuhalten haben und daß es nicht nur verkehrshindernd, sondern unsittlich ist, zu zweien nebeneinander zu fahren. Um ihre Hausangehörigen vor Strafe zu schützen, werden die Arbeitgeber gut daran tun, diese auf die Verkehrsordnung aufmerksam zu machen.

#### Diebstähle und Einbrüche

Am Dienstag drang ein unbekannter Täter in die Wohnung eines verheirateten Schlossers in der Kollerstraße, vermutlich mittels Nachschlüssels ein und entwendete aus dem Küchenschrank etwa 200 M. — Aus dem verriegelten Koblenkeller einer Kristin in der Stefanienstraße wurden von unbekanntem Dieb Kohlen im Wert von etwa 25 M. entwendet. — Einem Malermeister wurde am Mittwoch von seinem vor dem Postamt abgestellten Fahrrad eine Altklampe mit 83 M. Inhalt gestohlen. — Ein unbekannter Täter entwendete von einem Holzschuppen in der Oberfeldstraße etwa 15 Kubikmeter Bretter im Wert von 30 M., nachdem er sie gewaltsam weggerissen hatte. — Am Dienstag wurden drei Fahrraddiebstähle angezeigt; ein herrenlos aufgehobenes Fahrrad wurde als Fundgut abgeliefert.

Von der Kollerswiese Mühlburg wurden am Dienstag vier junge Leute im Alter von 21 bis 25 Jahren festgenommen, die in den letzten anderthalb Monaten an verschiedenen Stellen hiesiger Stadt sieben Fahrraddiebstähle verübt bzw. die gestohlenen Fahrräder für geringen Preis erstanden und an angeblich Unbekannte weiterveräußert haben. Sechs von den gestohlenen Rädern konnten wieder beigebracht werden. Die Täter wurden mit einer Ausnahme ins Besatzungsgefängnis eingeliefert.

#### Veranstaltungen

Kaffee Bauer. Die neue Kapelle Willy Martini veranstaltet heute, Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 Uhr im „König von Württemberg“ ein Konzert. Im ersten Teil kommt Koncertmusik ohne Jazz, im zweiten Teil moderne Unterhaltungsmusik zum Vortrag. (Siehe die Anzeige.)

#### Mittwoch, den 6. Januar 1932:

- Badisches Landestheater: Händel und Gretel. Die Puppenfee. 15 Uhr.
- Hindugruppe Uday-Shan-Kar mit Hinduballett. 20 Uhr.
- Gesellschaftstanzabend. 20 Uhr.
- Badische Lichtspiele: Die Nibelungen. Siegfried. 20.30 Uhr.
- Glück-Winkel: Der weiße Rausch. Zehnendes Programm.
- Kammer-Theater: Bomben auf Monte Carlo. Baines-Programm.
- Wald-Theater: Der Herr Doktor. Programm.
- Niederrhein-Theater: Der König tanzt. In den Wippen des Hochwaldes.
- Schauburg: Der Traufgänger. Kurabend-Programm.
- Union-Theater: Ende der Welt. Programm.
- Badische Landesgewerkschaft: Ausstellung „Diebstahl und Diebstahl“. 10-11 und 3-6 Uhr.
- Kaffee Bauer: Konzert. 20.30 Uhr.

Munzsches Konservatorium. Der Unterricht nach den Weihnachtsferien beginnt wieder Donnerstag, den 7. Januar. Vom Januar ab werden die Schulfächer mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse um 10 Prozent gesenkt. Sitzungen sind in den Karlsruher Musikalienhandlungen und durch das Sekretariat des Konservatoriums kostenfrei erhältlich. Anmeldungen und Anfragen schriftlich oder mündlich Waldstraße 79, Tel. 2313.

#### Lichtspielhäuser

##### Das Ende der Welt im U.

Das gewaltige Lichtspiel „Das Ende der Welt“ wird im Union-Theater nur noch wenige Tage gezeigt. Der Film ist in seiner Gewaltigkeit wohl das eindrucksvollste, das man in den letzten Jahren auf der Lichtbühne zu sehen bekam. Die Technik in dem Film und die Montagearbeit im Verein mit den besten Schauspielern einen Film ganz besonderer, ganz bedeutender Klasse. Jugendliche haben keinen Zutritt; auch ist es empfehlenswert, die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.

#### Vorläufige Wettervorhersage

##### der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Donnerstag, den 7. Januar 1932: Fortdauer der milden Witterung, zeitweise Regen bei stürmischen Westwinden.

#### Wasserstand des Rheins

Basel plus 30; Waldsbut 219, gef. 25; Schutterinsel 86, gef. 39; Rehl 265, gef. 45; Maxau 492, gef. 13; Mannheim 450, gef. 21 Zentimeter.

### Aus dem Gerichtssaal

#### Fünf Monate Gefängnis für einen ungetreuen Rechtsanwalt

Offenburg, 5. Jan. Der 47 Jahre alte Rechtsanwalt Hermann Ottenböcker von Odenburg wurde vom Schwurgericht Odenburg wegen Untreue zu fünf Monaten Gefängnis und 200 RM. Geldstrafe verurteilt. Ottenböcker hatte für einen Mandanten Gelder in der Höhe von 2000 RM. eingetrudelt und für sich verstreut. Bei der Anwaltskammer und bei den Gerichten liefen schon mehrere Verfahren gegen Ottenböcker. Von der Anwaltskammer wurde er in einem Falle bestraft, bei dem Gericht wurde er von der erhobenen Anklage freigesprochen. Ottenböcker wurde auf freien Fuß gesetzt.



### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold



Spielmannszug: Mittwoch, 6. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung im „Volkshaus“. Alle Spielleute müssen anwesend sein.

Stafs und Schufe: Donnerstag, 7. Januar, 8 Uhr abends, Wiederbeginn der Übungen.

SSG. Am Freitag abend treffen wir uns im Heim. Vortrag des Gen. Marum: „Politische Jahresrückblick 1931.“

Auskünfte der Redaktion: Arbeitsverein Rühlheim. In Zukunft die Berichte für die Sportbeilage früher senden, da sonst eine Aufnahme abgelehnt werden müßte.

## Letzte Nachrichten

### Hessische Zentrumsabfrage an Hitler

Berlin, 6. Jan. (Funkdienst.) Der Vorsitzende der hessischen Zentrumsgruppe, Dr. Hofius, veröffentlicht im Mainzer Journal einen Artikel unter der Überschrift: „Im Jahre 1932 hinter Brüning“. Er sagt darin, das Gebot der Schicksalsstunde Deutschlands im Anfang des Jahres 1932 bestünde darin, daß das ganze deutsche Volk sichtbar und offen hinter den verantwortlichen Staatsmann, den Kanzler und Außenminister Brüning zu treten habe. Daraus ergäbe sich für das Zentrum in Hessen die Konsequenz, von jeder Partei, die mit ihm zusammen in eine Regierung treten würde, verlangen zu müssen, daß es in Deutschland nur eine Außenpolitik gebe, nämlich die Außenpolitik der Reichsregierung Brüning, die im Reichsrat unterstützt werden müsse. In den nächsten Jahren werde — so viel scheint sicher zu stehen — keine Partei die absolute Mehrheit erhalten. Auch die Hessenwahlen hätten das gezeigt. Nach allen Wahlen werde das Zentrum mitregieren müssen. Mit dem Zentrum könne man jedoch nur verantwortlich regieren und auch wohl auf weite Sicht hinaus nicht ohne Brüning, dem gegenwärtigen Exponenten des Zentrums. Auch die Nationalsozialisten, die nicht dazu kommen würden, auf Grund von Wahlen in Deutschland allein zu regieren, müßten sich eventuell einmal entscheiden, von Regieren sich dauernd fernzuhalten oder umzulegen. Vielleicht könnten sie in der Zukunft einmal als eine Zusammenfassung einer Rechten eine geschichtliche Bedeutung im aufbauenden Sinne erhalten, die sie bis jetzt nicht hätten. Das wäre allerdings eine Zeit, wo die SS. und SA. neben den gewöhnlichen Wahlmännern des Staates aufzuträfen hätten, zu bestehen.

Das klingt für Herrn Hitler wenig verheißungsvoll. Er wird weiter warten müssen. Und hoffen und harren machte schon manchen zum Narren.



### Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe



Bezirk Oststadt  
Mittwoch, 6. Januar, abends 8 Uhr im „König von Württemberg“ Bezirksversammlung. Tagesordnung: „Die gegenwärtige politische Lage.“ Referent: Landtagsabg. Genosse Frick. Parteigenossen und Genossinnen, ersehnt vollzählig.

Bezirk Rippurr  
(Dammerstod-Gartenstadt-Hauspurr)  
Die Hauptversammlung des Bezirks, die am Mittwoch, 6. Januar, 20 Uhr, im „König von Württemberg“, hat folgende Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Tätigkeits- und Kassenericht, 3. Neuwahlen, 4. Anträge, 5. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Bezirk Oststadt  
Am Freitag, den 8. Januar, abends 8 Uhr, findet im „König von Württemberg“ eine Mitgliederversammlung statt mit Vortrag des Gen. Frick über „Das Friseurgewerbe“. Alle unsere Mitglieder sind freundlich eingeladen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung muß, wenn unsere Genossen und Genossinnen sich nur einigermaßen ihrer Pflicht bewußt sind, der als glänzender Redner bekannte Referent vor überfülltem Saale sprechen können.

## Der Blitz am Mittwoch

### Kopfkissen 1.-

80/80 cm, Seidlich Feiton, gute, kräftige Qualität. Mk.

### Frottierhandtuch .90

80/100 cm, extra schwer, mit hübschen Jacquardstreifen. Mk.

# BURCHARD

### Zu vermieten im Dammerstod.

Einfamilienhäuser mit eingericht. Küche und Bad, Hausgärten.

3 Zimmer	..	Miete RM. 65.— bis 72.—
4 Zimmer	..	Miete RM. 71.— bis 79.—
6 Zimmer	..	Miete RM. 115.—

Im Zweifamilienhaus  
3 Zimmer .. Miete RM. 52.—

Näheres Stefanienstraße 40, II. Stock, Fernruf 2531 oder bei Schleißhaus, Eugen-Ged.-Straße 42.

Das hätten Sie sehen müssen. Diese Freude über das Buch, das ich im Vorjahre meiner Bekanntschaft geschenkt habe. Es ist aber auch Tatsache, ein gutes Buch wird immer dankbar angenommen. In der Buchhandlung des Volksfreunds erhalten Sie für verhältnismäßig geringen geldlichen Gegenwert ein gutes Buch, das sich zu Geschenkzwecken für Jung und Alt eignet



### Badisches Landestheater

Mittwoch, 6. Jan.  
Nachmittags  
Händel und Gretel

Küchenspiel von Humperdinck  
Dirigent: Schwarz  
Spielleitung: Bruschka  
Mitwirkende: Fanz, Fischbach, Koberfor, Seiberlich, Winter, Böfer

Hierauf:  
Die Puppenfee  
Ballett von Joseph Bayer  
Dirigent: Stern  
Spielleitung: Kuhlmann

Mitwirkende: F. Kilian, Kröger, Kuhlmann, Seiling, Tübach, Kainbach, F. Kilian, Lindemann, Kuter, S. Müller, Wang, K. Kibinias, 3 Sonntag das Ballett, die Kinderballettschule  
Anfang 15 Uhr  
Ende 17.30 Uhr  
Preise (0.60—3.60 M.)

Mittwoch, 6. Jan.  
Abends  
Mager Miete  
Gastspiel der Indischen Hindu-Gruppe Uday-Shan-Kar mit indischem Hindu-Orchester (35 verschiedene original-indische Musikinstrumente).  
Anfang 20 Uhr  
Ende gegen 23.30 Uhr  
Preise D (0.90—5.70 M.)

Do. 7. I. Schwengel's Pr. S. I. Hanneles Himmelfahrt. Sa. 9. I. Im weißen Rössl. So. 10. I. Nachmittags Die Weingärtin auf dem Zell. Abends: Der Koblenkeller. Am Sonntag: Küß-Pöhl.

### Kaffee Bauer

Heute Mittwoch 20.30 Uhr  
Großes  
SONDER-KONZERT  
der Kapelle Willy Martini

I. Teil: Koncertmusik ohne Jazz  
II. Teil: Moderne Unterhaltungsmusik

Morgen Donnerstag  
Gesellschafts-Tanzabend

### TANZSCHULE TRAUTMANN

Karlsrufer, 10. Ecke Kaiserstr.

Freitag, 8. Januar beginnt ein NEUER KURS.  
Anmeldung und Einzel-Unterricht 10—19 Uhr

### Munzsches Konservatorium

staat. anerkannte Musiklehranstalt

Wiederbeginn des Unterrichts:  
Donnerstag, den 7. Januar  
Mit Januar wird das Schulgeld um 10% gesenkt.

Sitzungen kostenfrei durch die Karlsruher Musikalienhandlung u. das Sekretariat Waldstr. 79, Tel. 2313

### JOHANN VOGEL

Elektrotechn. Installationsgeschäft  
Werderstraße 1, Telefon 4262

Ausführung von elektrischen Licht-, Kraft- und Schwachstromanlagen  
Beleuchtungskörper  
Motore, Telefon, Türöffner usw.

Die Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe vertauft in traditiones Brennholz  
Modellholz den Str. zu RM. 1.—, Abgabe täglich von 9—5 Uhr  
Sonn- und Montag 9—12 Uhr  
Klavier gut erhalten  
Klavier gesucht. Ang. u. B 109 a, d. Volkstr.

Sonntag 2- bis 3-Zimmer-Wohnung gesucht. Mittelstadt bevorzugt. Ang. m. Preis unter 543 a. d. Volkstr.

3-Zimmer-Wohnung von 4 bis 5 Zimmer an 1. oder 2. Etage gesucht. Off. u. 545 a. d. Volkstr.

Zuche auf 1. Februar

### 2 Zimmer

mit Küche, Mittel- oder Weststadt bevorzugt.  
Offerten unter Nr. 550 an den Volksfreund.

### 6-Zimmer-Wohnung

mit Bad, 2 Bädern im Erdgeschoss des Hauses Waldhornstraße 15, sofort oder später 1/24 zu vermieten.

Anfragen beim Stadt-Hochbauamt, Leopoldstr. Nr. 10/12, Zimmer 3

### 3 Zimmer

billig zu vermieten. Sammler 7 d. II. Keller

Möbliertes Zimmer m. elektr. Licht sofort zu vermieten. Preisang. Schützenstr. 82, III. 5113

Junger Mann, 28 J. gelübt a. g. Beugnisse, sucht Stellung gleich welcher Art; hat auch schon Entlohnungen erhalten. Sehr nach Vereinbarung. Off. Anfragen in Eggelstein, Hauptstraße 91. (11)

30 Mädchen, 21 J. nicht Stelle als Hausmädchen od. a. Tagesstelle. Zuletzt in der Schweiz in Stellung. Offerten an Franziska Fischer, Hauptstr. 82, III. 5113

1 neuer schwarzer Eisenbrenner-Kessel, 1 geb. brauner Heberleher, 1 neue Herren-Strickmantel u. 1 neue, sehr graue Sofe, Größe 66 zu verkaufen. Hauptstraße 60, III. 5112

### Hochzeit-, Ehem.-Smoking u. Frack-Anzüge, in neu. Zustand bill. abzug.

Jahresfest, 6. Jan., Herrenstr. 6

## Im Juniore 1928

kosteten bei mir:

Weisse Gänsefedern	das Pfund	6.90 u. 5.80
Heute	kosten diese nur noch	4.80 u. 3.75
Halbdaunen	kosteten	9.00 7.80 u. 6.00
Heute	nur noch	6.50 5.75 u. 4.70
Halbweisse Federn		3.00 2.00 u. 1.60
Heute	nur noch	2.75 1.90 u. 1.20
Hühnerfedern	(doppelt gereinigt)	85.7 jetzt 80.7

dazu noch verbesserte Qualität.

Spezialgeschäft für Bettfedern

### Sigmund Wertheimer,

hinter der kleinen Kirche, Kreuzstr. Nr. 10.



## Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5.

### Größte Volksversicherungs-Gesellschaft Deutschlands

Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RMk. Versicherungssumme, 150 Millionen RMk. Vermögen davon Eigentum der Versicherten

Prämienreserve über 100 Millionen RMark  
Gewinnanteile über 32 Millionen RMark  
zusammen über 132 Millionen RMark.

Versicherungsleistungen: über 12 Million. RMark

seit November 1928 (Ende der Inflation).

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Karlsruhe, Schützenstraße 16. Schramberg i. Würtemb. Volkhaus, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57—61